



Protokollauszug zum WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS

am Dienstag, 14.10.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Aus- und Rückblick zum
 Innovationsmanagement in der
 Wirtschaftsförderung
 - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden und steigt in den TOP 1 ein.

Der **Fachbereichsleiter** sowie **zwei Mitarbeitende** der Wirtschaftsförderung berichten anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Der **Fachbereichsleiter** betont die zentrale Bedeutung von Innovation für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort, insbesondere auch vor dem Hintergrund aktueller wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse. Ziel der Wirtschaftsförderung sei es, den starken Wirtschaftsstandort Ludwigsburg langfristig zu sichern. Während große Unternehmen und Konzerne meist über eigene Innovationsabteilungen verfügen, richtet sich das Engagement der Stadt insbesondere an kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die diese Ressourcen nicht haben. Schwerpunkte seien die Unterstützung der KMU beim Zugang zu innovativen Themen wie Künstliche Intelligenz und Quantentechnologien, der Aufbau von Netzwerken sowie die Förderung von Start-ups und Gründungen, um neue Impulse und Unternehmen für den Standort zu gewinnen. Er verweist auf die Prognos-Zukunftsstudie, nach der Ludwigsburg aktuell gut positioniert sei (Platz 16 von rund 400 Kommunen), gleichzeitig aber mit Blick auf die Zukunft insbesondere in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation deutlich nachgelassen habe. Hier bestehe ein klarer Handlungsbedarf, der sich auch in der Zukunftsstrategie des Landkreises widerspiegele. Eine eigene Unternehmensbefragung habe gezeigt, dass Innovationsverantwortung in KMU meist direkt bei den Geschäftsführungen liege, ohne personelle Unterstützung. Daraus leite sich die Notwendigkeit ab, Vernetzung, Wissenstransfer und klare Anlaufstellen zu schaffen.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereichs führt weiter zum Innovationsnetzwerk Ludwigsburg aus. Ziel des Netzwerks sei es, Austausch und Wissenstransfer zu ermöglichen, Best Practices sichtbar zu machen und über themenspezifische Netzwerktreffen Kooperationen bis hin zu Pilotprojekten anzustoßen. Sie verweist auf

die Bedeutung des Teilens von Wissen als Grundlage für Fortschritt, was auch von den Netzwerkpartnern ausdrücklich bestätigt werde.

Zur Steigerung der Sichtbarkeit arbeitet das Innovationsnetzwerk künftig mit dem Medienpartner Brand 1 zusammen. In einem Workshop mit Wirtschaftsvertretern, der Wissenschaft, der Verwaltungshochschule und der Filmakademie sei die Weiterentwicklung des Netzwerks diskutiert worden. Die Rückmeldungen seien überwiegend positiv gewesen, mit dem Wunsch nach neuen Formaten wie etwa schnelleren Austauschmöglichkeiten. Sie berichtet über konkrete Pilotprojekte. Dazu zählt die Installation digitaler Passantenzähler mit LoRaWAN-Sensoren in Kooperation mit der Firma Zoe und der IHK, die durch das Fraunhofer-Institut evaluiert wurden. Die Sensoren eigneten sich gut zur Erkennung von Trends, jedoch nicht für eine exakte Zählung. Ein weiteres Projekt sei die Bodenfeuchtemessung mit der SWLB und den Weingärtnern Marbach, um den Wasserverbrauch gezielter zu steuern und Erkenntnisse für Smart-City-Anwendungen zu gewinnen. Darüber hinaus beteiligt sich die Stadt an einem Fraunhofer-Forschungsprojekt mit dem Ludwigsburger Museum, bei dem unter anderem KI-Anwendungen für die Kultur- und Kreativwirtschaft erprobt werden. Für 2026 soll es Kooperationen, unter anderem mit den MHP Riesen im Rahmen einer geplanten Innovation Challenge, auf Projekte mit dem Landesmuseum Stuttgart, weitere Anwendungen der Bodenfeuchtemessung im internationalen Kontext sowie KI, XR/Metaverse, Quantentechnologie und soziale Innovationen geben.

Ein **Mitarbeiter** geht auf das Thema Start-Up und Gründungsförderung ein. Er betont die enge Verzahnung zwischen Innovationsnetzwerk und Start-up-Förderung, da Start-ups häufig die ersten Anwender neuer Technologien seien und Innovationen gemeinsam mit KMU in die Breite trügen. Start-up-Förderung sei Grundlagenförderung für die gesamte Wirtschaft. Als großen Erfolg hebt er die Auszeichnung Ludwigsburgs als „Gründungsfreundliche Kommune“ des Landes Baden-Württemberg hervor, bei der sich die Stadt gegen Konstanz und Stuttgart durchgesetzt habe. Diese Auszeichnung habe zu überregionaler Aufmerksamkeit, finanzieller Förderung und einer stärkeren Wahrnehmung Ludwigsburgs als Start-up-Standort geführt. Auch einzelne Unternehmen hätten öffentlich die Standortqualität hervorgehoben. Er berichtet über erfolgreiche Ansiedlungen im Ludwigsburger Industriezentrum, ein Unternehmen aus der Luft- und Raumfahrtbranche. Zudem beschreibt er die Förderung kleinerer Gründungen, unter anderem durch die Unterstützung des Cocolores Creative Collective als Coworking- und Kreativstandort. Mit vergleichsweise geringem Mitteleinsatz seien neue Gründungen, der Verbleib von Unternehmen, zahlreiche Veranstaltungen und geförderte Projekte ermöglicht worden. Aktuell beobachte er eine zunehmende Diversifizierung der Start-up-Landschaft in Ludwigsburg, unter anderem in den Bereichen KI, Software, Food-Tech, nachhaltige Bauwirtschaft, Energieberatung und Smart-Home. Vor dem Hintergrund von Entlassungen in Großunternehmen rechne er mit einer weiteren Gründungswelle. Ziel der Start-up-Förderung sei es, sowohl viele kleine Gründungen als auch ausgewählte wachstumsstarke Unternehmen in Zukunftsbranchen anzusiedeln, um Arbeitsplätze, Wertschöpfung und langfristig auch Gewerbesteuerereinnahmen zu sichern sowie die Sichtbarkeit des Standorts zu erhöhen.

OBM **Dr. Knecht** bedankt sich ausdrücklich bei den Vortragenden und würdigt die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit im Bereich Innovations- und Start-up-Förderung. Er hebt hervor, dass mittlerweile konkrete Ergebnisse aus dem Innovationsnetzwerk sichtbar seien, etwa durch Kooperationen zwischen lokal ansässigen Unternehmen. Die Auszeichnung als gründungsfreundliche Kommune und

die erfolgreiche Ansiedlung innovativer Unternehmen wertet er als starkes Signal für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Ludwigsburg, gerade in finanziell und wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Ludwigsburg positioniere sich dabei bewusst zwischen den starken Hochschul- und Innovationsstandorten Stuttgart und Heilbronn als Ort der Gründung, Begleitung und Ansiedlung von Unternehmen. Die Arbeit der Wirtschaftsförderung sei von herausragender Bedeutung für die Zukunft der Stadt. Anschließend eröffnet er die Aussprache.

Stadträtin **Wittmann** bedankt sich im Namen ihrer Fraktion für die Präsentation und die Arbeit des Teams. Sie würdigt die thematische Vielfalt des Innovationsnetzwerks und die Bedeutung der KMU- sowie Start-up-Förderung. Sie stellt mehrere Fragen, unter anderem zu den konkreten Unterstützungsangeboten für Neugründungen, zur Rolle von Beratung und Netzwerken sowie zu möglichen Gründungen infolge von Arbeitsplatzverlusten. Zudem interessiert sie, inwiefern Start-ups wegfallende Arbeitsplätze kompensieren könnten und ob das Innovationsnetzwerk dazu beitrage, lokale Wertschöpfungsketten zu stärken und regionale Beschaffung zu fördern. Abschließend spricht sie ihre Anerkennung für die Innovationskraft der Stadt aus.

Stadträtin **Dr. Klünder** schließt sich den positiven Äußerungen an und bezeichnet die Start-up- und Innovationsförderung als Kernaufgabe der Wirtschaftsförderung. Sie sieht insbesondere in Krisenzeiten große Chancen durch Ausgründungen und innovative Neuanfänge. Positiv hebt sie die Zusammenarbeit mit Brand 1 hervor. Als zentrale Frage thematisiert sie die Kooperation mit der IHK, insbesondere im Hinblick auf Informationsangebote zu KI und anderen Innovationsthemen, und betont die Wichtigkeit, Doppelstrukturen zu vermeiden. Insgesamt unterstreicht sie die Bedeutung der Förderung kleiner Unternehmen ohne eigene Innovationsabteilungen.

Stadtrat **Raasch** bedankt sich im Namen der Freien Wähler für den Vortrag und die geleistete Vorarbeit. Er begrüßt ausdrücklich die zunehmende Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur weg von der reinen Automobilabhängigkeit hin zu neuen Branchen. Diese Entwicklung trage nicht nur zur wirtschaftlichen Stabilität, sondern auch zur Belebung der Innenstadt und zur Lösung sozialer Herausforderungen bei. Er zieht Parallelen zu erfolgreichen Kooperationsmodellen im Einzelhandel und mahnt an, bürokratische Hürden für Start-ups möglichst gering zu halten, um Gründungen nicht abzuschrecken. Abschließend lobt er die mediale Präsenz Ludwigsburgs über Brand 1 und spricht seinen Dank sowie die Unterstützung der Freien Wähler aus.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** bedankt sich bei der Wirtschaftsförderung für die Präsentation. Er betont, dass Ludwigsburg bereits länger im Dialog mit Start-ups steht und die positive Entwicklung in den Bereichen Innovations- und Start-up-Förderung sehr erfreulich sei. In der aktuellen wirtschaftlichen und finanziellen Lage sei es für den Gemeinderat besonders wichtig, wie sich diese Entwicklungen auf die Wirtschaft, die Arbeitsplätze und das Gewerbesteueraufkommen der Stadt auswirken, da davon die Finanzierung städtischer Angebote abhängen. Er hebt hervor, dass die Wirtschaft sich im Wandel befinde, insbesondere in Krisenzeiten sei es wichtig, dass neue kleine und mittlere Unternehmen (KMU) gefördert werden, um einen stabilen Branchenmix zu sichern. Er verweist auf die Herausforderungen für etablierte Branchen, wie Finanzdienstleister und klassische Automobilhersteller und betont die Relevanz moderner Technologien wie KI.

Stadträtin **Kuhnke** dankt ebenso. Sie betont, dass die aktuelle wirtschaftliche Lage viele Unternehmen stark verändert, insbesondere durch den angekündigten Personalabbau bei großen Unternehmen. Sie fragt wie sich Start-ups in der

Vergangenheit entwickelt haben und nach Prognosen, wie sich dies in Zukunft hinsichtlich Arbeitsplätzen, Dienstleistungen und Gewerbesteuer auswirken könnte. Außerdem möchte sie wissen, welche Bewertungskriterien die Wirtschaftsförderung bei der Unterstützung von Start-ups anlegt und welche strategischen Überlegungen dabei eine Rolle spielen. Abschließend betont sie, dass die Stadt Ludwigsburg zukünftig auf viele Start-ups angewiesen sein wird.

Stadtrat **Haag** bedankt sich für den inspirierenden Bericht und betont die Bedeutung der Innovationstreffen, die sich als Marke der Stadt etabliert haben. Er hebt hervor, dass moderne Wirtschaftsförderung nicht nur aus Netzwerken bestehe, sondern die Schaffung gegenseitiger Kontakte umfasse. Zudem verweist er auf die Wichtigkeit, die regionale Dynamik zu fördern, unabhängig davon, ob die Gewerbesteuereinnahmen direkt in Ludwigsburg oder anderswo generiert werden.

Stadtrat **Dogan** bedankt sich ebenfalls und weist darauf hin, dass die Erfolge oft erst langfristig sichtbar werden. Er schlägt vor, besonders engagierte kleine Unternehmen gezielt zu fördern, da diese in den kommenden Jahren zu mittelständischen oder großen Unternehmen heranwachsen könnten. Außerdem erkundigt er sich nach der Zusammenarbeit mit der LUIS, um Gründungen zu unterstützen.

Der **Fachbereichsleiter** der Wirtschaftsförderung erläutert die Zusammenarbeit mit LUIS und beschreibt konkrete Beispiele, wie Gründerinnen und Gründer unterstützt wurden, etwa über Pop-up-Flächen in der Kirchstraße. Er betont die Bedeutung des Netzwerks und der Beratungsqualität.

Eine **Mitarbeiterin** erklärt, dass die Stadt Ludwigsburg jungen Gründungen über einen Co-Working Space für 9 bis 12 Monate zu günstigen Konditionen Platz bietet, um Kontakte zu knüpfen und sich zu vernetzen. Sie beschreibt die Lotsenfunktion der Wirtschaftsförderung, die Gründerinnen und Gründer bei Beratungs- und Förderangeboten begleite- und direkt an die richtigen Ansprechpartner weiterleite. Weiterhin erklärt sie, dass Gründungen oft aus Entlassungen resultieren. Sie geht auf das Thema Bürokratie ein und erläutert, dass Ludwigsburg im Vergleich zu anderen Städten gut aufgestellt sei. Bezüglich des KI-Bildes erläutert die Mitarbeiterin, dass es aus einem Wettbewerb beim Startup-Monday entstand, bei dem die Aufgabe war, Ludwigsburg als gründungsfreundliche Stadt darzustellen. Sie antwortet auf Fragen zu Prognosen und Daten, dass qualitative Erfahrungen vorliegen, quantitative Analysen aber schwer zu erheben seien. Zukünftige Studien könnten zeigen, dass die Gewerbesteuereinnahmen die Förderkosten übersteigen. Schließlich erklärt sie, dass es keine festen Bewertungskriterien für Start-ups gebe, sondern strategische Kriterien, die zur Position der Stadt und ihrem Ökosystem passen, wie Medien, Einzelhandel und Nachhaltigkeit.

OBM **Dr. Knecht** bedankt sich für die Arbeit der Wirtschaftsförderung, schließt diesen Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss stimmt dem vorgestellten Konzept zum Einsatz der mobilen Absperrungen außerhalb von TELB-Veranstaltungen zu. Der Einsatz bei Ludwigsburger Traditionsfesten ist für diese Veranstalter kostenfrei und wird durch die Vermietungserlöse an Dritte querfinanziert. Die Zustimmung umfasst rückwirkend auch die bereits abgelaufene Pilotphase.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beratungsverlauf:

Der **Geschäftsführer** des städtischen Eigenbetriebs Tourismus & Events Ludwigsburg stellt anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, den Tagesordnungspunkt vor. Er erläutert, dass bisherige Lösungen, wie das kurzfristige Querstellen von Feuerwehrfahrzeugen oder breite Absperrungen, nur begrenzt praktikabel waren. Ziel war es, eine dauerhafte, flexible und sichere Lösung zu finden. Er stellt die neuen HTS-(Herner Truck Sperren) vor, die innerhalb von 20 Sekunden verschiebbar seien, aber auch sehr starke Aufprallkräfte abwehren können. Diese wurden zunächst beim Pferdemarkt getestet. Durch die Tests verschiedener Modelle konnten die optimalen Sperren ausgewählt und angeschafft werden. Die Kosten amortisieren sich bereits nach zwei Jahren im Dauereinsatz, insbesondere bei Veranstaltungen wie dem Weihnachtsmarkt, wo die Mietkosten für herkömmliche Sperren sehr hoch wären. Er erwähnt außerdem, dass versenkbare Poller als zusätzliche Sicherheitsmaßnahme auch weiterhin separat geprüft werden. Diese könnten in Zukunft als ergänzende Option eingesetzt werden, um weitere Flexibilität und Sicherheit zu gewährleisten, insbesondere an Veranstaltungsorten, die regelmäßig größeren Fahrzeugverkehr aufweisen. Er erläutert anschließend ausführlich das Vermietungskonzept: Die HTS-Sperren können auch an Drittnutzer außerhalb der städtischen Veranstaltungen vermietet werden, wodurch die Anschaffungskosten refinanziert werden. Für die Traditionsfeste oder Vereinsveranstaltungen wird jedoch keine Miete erhoben, sondern die Bereitstellung erfolgt kostenfrei. Dieses Modell ermöglicht einerseits die Refinanzierung der Anschaffungskosten, andererseits die Förderung der städtischen Feste, ohne den Vereinen zusätzliche Lasten aufzubürden. Er betont, dass es keine behördliche Verpflichtung für den Einsatz der Sperren gibt; sie dienen der freiwilligen Absicherung durch Veranstalter. Der Aufbau kann

dynamisch erfolgen, z. B. bei Umzügen, oder auf stationären Veranstaltungsflächen, während für öffentliche Bereiche Sondergenehmigungen erforderlich sind. Die Zusammenarbeit mit Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst wurde positiv abgestimmt, sodass die Sperren schnell geräumt werden können, falls Einsatzkräfte anrücken müssen. Für die Traditionsfeste wird ein kostenfreies Sorglospaket angeboten: Lieferung, Aufbau, Einweisung und Abtransport werden von einer Firma übernommen; die Veranstalter müssen lediglich eine Person bereitstellen, die die Sperre entgegennimmt und den Hebel bedienen kann. Die Stadt plant, die HTS-Sperren langfristig auch verkehrsrechtlich zu standardisieren, wodurch Doppelabsperungen bei Traditionsfesten entfallen könnten. Er hebt außerdem hervor, dass die Sperren bereits erfolgreich an Drittnutzer vermietet wurden, z. B. beim Schäferlauf in Markgröningen. Durch die Refinanzierung über externe Vermietungen entstehen der Stadt keine Mehrkosten, und selbst bei den Anschaffungs- und Instandhaltungskosten bleibt das Gesamtbudget ausgeglichen. Er plädiert dafür, die Sperren für die Traditionsfeste weiterhin kostenfrei bereitzustellen, um den Besuchern ein sicheres Gefühl zu geben.

OBM **Dr. Knecht** bedankt sich ausdrücklich beim Geschäftsführer für die sorgfältige und besonnene Vorbereitung dieses komplexen Themas und lobt auch die schnelle Unterstützung der Feuerwehr bei kurzfristigen Einsätzen. Er hebt hervor, dass diese ruhige und methodische Vorgehensweise Vorbildcharakter für die Organisation zukünftiger Veranstaltungen habe.

Stadträtin **Alexander** begrüßt die Anschaffung der neuen Sperren. Sie erkennt an, dass diese zwar optisch unschön, aber praktisch und sicher seien. Sie lobt die Idee, die Sperren außerhalb der städtischen Veranstaltungen zu vermieten bzw. Vereinen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Sie betont die Flexibilität des Konzepts und unterstützt ausdrücklich die kostenfreie Bereitstellung für Traditionsfeste. Zusätzlich hebt sie hervor, dass diese Lösung auch ein Signal an die Bevölkerung sende, dass die Stadt proaktiv für Sicherheit Sorge, ohne übertrieben einzuschreiten.

Stadtrat **Hermann** hebt hervor, dass in Ludwigsburg keine konkrete Gefahrenlage bestehe, sondern eine subjektive Sorge aufgrund von Ereignissen in anderen Städten. Er unterstützt die kostenfreie Bereitstellung für Vereine dauerhaft und betont die Wichtigkeit von Veranstaltungen für das gesellschaftliche Leben. Er ergänzt, dass das Sicherheitsgefühl der Bürger ein entscheidender Faktor sei, der oft unterschätzt werde, und dass die Stadt hier Verantwortung übernehmen sollte, um Vertrauen und öffentliche Beteiligung zu stärken.

Stadtrat **Peifer** lobt die Anschaffung und fragt nach der zukünftigen Verwendung der bisherigen Indutainer-Sperren. Er schlägt vor, sie als Reserve zu behalten und im Sicherheitskonzept einzubeziehen, merkt aber an, dass die hochfahrbaren Poller eine deutlich bessere Lösung darstellen. Zusätzlich betont er, dass die Flexibilität der neuen Sperren für kleinere Feste und Veranstaltungen eine enorme Arbeitserleichterung darstelle und langfristig Ressourcen spare.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** begrüßt die neuen Sperren und bestätigt, dass sie für die Stadt in der aktuellen Größenordnung ausreichend und sinnvoll seien. Er unterstützt die kostenfreie Bereitstellung für Traditionsfeste, um die Vereine nicht zusätzlich zu belasten. Er ergänzt, dass die Wahl dieses Systems auch für zukünftige Sicherheitskonzepte in anderen städtischen Veranstaltungen wegweisend sein könnte, da es Flexibilität und Effizienz vereine.

Stadträtin **Kuhnke** stimmt ebenfalls zu, weist jedoch darauf hin, dass die Bedrohung nicht durch „verwirrte Einzeltäter“, sondern durch bewusste Täter ausgeht. Sie unterstützt die Sperren als sinnvolle Sicherheitsmaßnahme. Sie fügt hinzu, dass es wichtig sei, den Bürgern sowohl ein realistisches Sicherheitsgefühl zu vermitteln als auch transparent darzustellen, warum bestimmte Maßnahmen notwendig seien, um Akzeptanz zu schaffen.

Stadtrat **Haag** betont, dass es keine akute Gefahrenlage gebe, aber Sicherheitsvorkehrungen sinnvoll, da Unfälle auch durch Fahrfehler möglich seien. Er begrüßt die Vorgehensweise und die kostenfreie Bereitstellung für Traditionsfeste. Darüber hinaus merkt er an, dass diese präventiven Maßnahmen ein positives Signal für die Stadtgesellschaft senden, indem sie das Vertrauen in die städtische Veranstaltungsplanung stärken.

Stadtrat **Dogan** unterstützt die Idee, die Sperren an Vereine und Dritte zu vermitteln, und hofft, dass dadurch die Besucher länger bei den Veranstaltungen verweilen können, da sie sich sicher fühlen. Zusätzlich stellt er heraus, dass ein längerer Verweildauer-Effekt auch wirtschaftliche Vorteile für die städtische Gastronomie und Einzelhandel während der Veranstaltungen haben könnte.

Der **Geschäftsführer** Tourismus & Events Ludwigsburg beantwortet die offenen Fragen, z. B. zur Lagerung der alten Sperren und zur Nutzung der Octa-Blocks, die sich als wenig praktikabel erwiesen haben. Er betont nochmals, dass die Nutzung der HTS-Sperren freiwillig sei, da keine behördliche Anordnung vorliege. Das System schafft einen deutlichen Mehrwert an Sicherheit, ohne den Veranstaltern Mehrkosten aufzuerlegen. Er fügt hinzu, dass das transparente Verfahren und die einfache Handhabung der Sperren dazu beitragen, dass Veranstalter das System problemlos akzeptieren und umsetzen können.

Stadträtin **Dr. Klünder** fragt nach der Handhabung der Sperren und des Hebels.

Der **Geschäftsführer** erläutert die Funktionsweise und weist auf die Verantwortung der Nutzer hin. Sie ergänzt, dass eine klare Kommunikation über die richtige Nutzung wichtig sei, um Missverständnisse oder Sicherheitsrisiken zu vermeiden.

OBM **Dr. Knecht** bedankt sich abschließend beim Geschäftsführer Tourismus & Events Ludwigsburg und allen Beteiligten und stellt die Vorlage zur Abstimmung. Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen. Er betont, dass die breite Zustimmung zeige, wie gut das Konzept durchdacht sei.

Geänderte Beschlussempfehlung:

~~Der Personalkostenzuschuss für eine pädagogische Fachkraft innerhalb der Eingruppierung SuE 12 TVöD (VKA) wird in künftige Haushaltsplanungen eingestellt. Ab dem Haushaltsjahr 2026 wird die Dynamisierung des Zuschussbetrages an Frauen für Frauen e.V. verbindlich nach Maßgabe der jeweils geltenden Beschlusslage des Landratsamtes nachvollzogen.~~

Die Stadt fördert (analog zum Landkreis) eine pädagogische Fachkraft (1 Vollzeitäquivalent (VZÄ)) in der Eingruppierung SuE12 TVöD (VKA). Die von der Stadt Ludwigsburg geförderte Stelle wird ab dem Haushaltsjahr 2026 ebenso wie beim Landkreis dynamisiert bezuschusst.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der geänderte Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** geht auf die Vorlage ein und weist darauf hin, dass ein leicht modifizierter Beschlussvorschlag vorliege. Der Verein „Frauen für Frauen e.V.“ sei für die Stadt von zentraler Bedeutung, insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich ein zweites Frauenhaus auf den Weg befinde. Darüber hinaus gehe es um ein grundlegendes gesellschaftliches Anliegen. Für die Stadt sei es daher wichtig, bei der Förderung auf Augenhöhe mit dem Landkreis zu bleiben und einen bereits vor längerer Zeit beschlossenen Zuschuss nun formal korrekt fortzuführen und gemeinsam mit dem Landkreis zu dynamisieren. Aus diesem Grund sei auch der Beschlussvorschlag überarbeitet worden.

Die **Gleichstellungsbeauftragte** wirbt um Zustimmung zur Dynamisierung des Zuschusses für den Verein „Frauen für Frauen e. V.“ ab dem Jahr 2026. Sie entschuldigt sich zunächst für die missverständliche Formulierung der ursprünglichen Vorlage und erläutert, dass diese nun überarbeitet worden sei, um die Inhalte klarer darzustellen. Sie führt aus, dass insgesamt zwei Vollzeitäquivalente gefördert werden, wobei jeweils eine Stelle durch die Stadt Ludwigsburg und eine durch den Landkreis Ludwigsburg finanziert werde. Der Landkreis habe die steigenden Personalkosten infolge von Tarifabschlüssen bereits berücksichtigt und den Zuschuss

dynamisiert. Die Stadt habe dies bislang nicht formal umgesetzt. Zwar habe es hierzu einen mündlichen Beschluss in einem Ausschuss gegeben, dieser sei jedoch nicht ordnungsgemäß schriftlich fixiert und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt worden. Dieser Formfehler sei von der Revision beanstandet worden. Um negative finanzielle Auswirkungen für den Verein zu vermeiden, seien die fehlenden Mittel in den Jahren 2023, 2024 und auch 2025 jeweils durch Bürgermeisterverfügungen ausgeglichen worden. Ziel sei es nun, das Verfahren an das Vorgehen des Landkreises anzupassen und künftig parallel zu führen. Die entsprechenden Mittel seien im Haushalt 2026 eingestellt. Die Dynamisierung solle jeweils in gleicher Höhe und nach denselben Maßstäben erfolgen wie beim Landkreis. Dadurch sei sichergestellt, dass die Kosten weiterhin hälftig zwischen Stadt und Landkreis getragen werden und kein Risiko bestehe, dass sich der Landkreis aus der Finanzierung zurückziehe.

OBM **Dr. Knecht** bedankt sich für die Ausführungen und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits bei der ursprünglichen Entscheidung zur Förderung der Arbeit von „Frauen für Frauen e. V.“ hinter dem Projekt gestanden habe. Auch bei der damaligen Dynamisierung, die formal lediglich mündlich beschlossen worden sei, habe man die Entscheidung inhaltlich mitgetragen. Die Fraktion werde dem heutigen Beschluss daher uneingeschränkt zustimmen.

Stadtrat **Hermann** äußert Unklarheiten hinsichtlich der Vorlage. Für ihn sei nicht eindeutig nachvollziehbar, ob es um eine oder zwei Stellen gehe. Nach seinem Verständnis würden zwei Stellen finanziert, jeweils eine durch den Landkreis und eine durch die Stadt. Diese Klarheit vermisse er jedoch im Text der Vorlage. Er schildert sein Verständnis der Dynamisierung dahingehend, dass tarifliche Kostensteigerungen jeweils hälftig von Stadt und Landkreis getragen würden. Diese Systematik sei aus seiner Sicht nicht eindeutig formuliert. Grundsätzlich halte die CDU-Fraktion eine solche Dynamisierung für richtig, kritisch sehe man jedoch, dass hier ein einzelner Zuschuss separat behandelt werde, während Dynamisierungen in anderen Bereichen wie Sport oder Kultur erst in späteren Sitzungen zur Entscheidung kämen.

OBM **Dr. Knecht** entgegnet, dass die Stadt formal nur über ihren eigenen Zuschuss entscheiden könne und den Beschluss des Landkreises nicht ersetzen dürfe. Der Bezug zum Landkreis könne lediglich hergestellt, aber nicht selbst beschlossen werden. Er zeigt sich offen dafür, die Formulierungen gegebenenfalls noch weiter zu präzisieren.

Stadtrat **Raasch** erklärt für die Freien Wähler die grundsätzliche Zustimmung zur Dynamisierung. Er merkt an, dass sich die Frage stelle, warum eine solche Regelung nicht bereits früher umgesetzt worden sei. Unklar bleibe für seine Fraktion jedoch, ob mit dem heutigen Beschluss ausschließlich die Dynamisierung der Personalstelle oder auch weitere Bestandteile wie Sach- und Gemeinkostenpauschalen beschlossen würden.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** ordnet den Sachverhalt aus Sicht der SPD historisch ein. Offenbar habe der Gemeinderat die Förderung inhaltlich bereits in der Vergangenheit beschlossen, jedoch ohne formell ordnungsgemäßen schriftlichen Beschluss. Dies habe zu dem nun zu bereinigenden formalen Problem geführt. Mit dem aktuellen Beschluss werde die Situation rechtssicher geregelt. Er betont, dass es letztlich

unerheblich sei, welche konkrete Stelle vom Landkreis und welche von der Stadt finanziert werde, da zwei Stellen insgesamt hälftig finanziert würden. Die Angleichung an das Dynamisierungsmodell des Landkreises sei daher folgerichtig. Zudem hebt er hervor, dass der Verein „Frauen für Frauen e. V.“ keine klassische freiwillige Leistung erbringe, sondern in erheblichem Umfang Pflichtaufgaben für Stadt und Landkreis übernehme, etwa bei der Unterbringung und Betreuung von Frauen in akuten Krisensituationen. Die SPD-Fraktion werde dem Beschluss ausdrücklich zustimmen.

Stadträtin **Kuhnke** erkundigt sich nach den konkreten Aufgaben der geförderten Stellen und den Schnittstellen zur Stadtverwaltung, um die Unterstützungsleistung besser nachvollziehen zu können. Gleichzeitig würdigt sie die Arbeit des Vereins ausdrücklich und spricht ihren Dank für das Engagement aus. Auch von Seiten ihrer Fraktion werde dem Beschluss zugestimmt.

Stadtrat **Haag** erklärt für die FDP, dass für ihn von Beginn an klar gewesen sei, dass die Dynamisierung analog zum Landkreis erfolgen müsse. Die Wichtigkeit des Vereins sei ausreichend hervorgehoben worden. Auch die FDP-Fraktion werde dem Beschluss zustimmen.

Stadtrat **Dogan** schließt sich den Vorrednern an und unterstreicht die gesellschaftliche Bedeutung der Arbeit von „Frauen für Frauen e. V.“. Er verweist darauf, dass der Verein Aufgaben übernehme, die ansonsten von den Kommunen selbst zu leisten wären, und erklärt ebenfalls seine Zustimmung.

Stadträtin **Shoaleh** (als Zuschauerin) bedankt sich im Namen des gesamten Teams und des Vorstands für die wertschätzenden Worte aus dem Gemeinderat. Sie erläutert, dass es sich um zwei Vollzeitstellen handle, deren Aufgaben vor allem in der Fachberatungsstelle sowie im Bereich Prävention angesiedelt seien. Die Stellen seien auf mehrere Personen verteilt. Finanziert würden insbesondere Beratungsangebote für betroffene Frauen sowie Präventionsmaßnahmen wie Fachvorträge, Veranstaltungen und Schulprojekte, unter anderem das Schulprojekt „Gewaltig verliebt“.

OBM **Dr. Knecht** bedankt sich für die Erläuterungen und greift nochmals die Diskussion um die Formulierung des Beschlussvorschlags auf. Um Missverständnisse zu vermeiden, verständigt man sich darauf, im Beschlusstext ausdrücklich von einer pädagogischen Fachkraftstelle (Vollzeitäquivalent) zu sprechen.

Die **Gleichstellungsbeauftragte** stellt klar, dass die Sach- und Gemeinkostenpauschalen unverändert bleiben und nicht Gegenstand der Dynamisierung seien. Die detaillierte Aufschlüsselung in der Vorlage diene lediglich der Transparenz und der Absicherung des im Haushalt eingestellten Gesamtbetrags.

OBM **Dr. Knecht** stellt fest, dass es sich um eine über mehrere Jahre gewachsene Thematik handele, die nun sauber und rechtssicher geregelt werde. Anschließend bringt er den Beschlussvorschlag zur Abstimmung. Er bedankt sich ausdrücklich für das Engagement des Vereins und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.